



Haushalts- und Finanzausschuss

102. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

7. April 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2004 | 1 |
|----------|--|----------|

Antrag
des Finanzministeriums
Vorlage 13/3273

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuss einstimmig, die überplanmäßige Ausgabe **zu genehmigen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

^{*)} Vertraulicher Teil mit TOP 10 s. Vertr. APr 13/57

**2 Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik -
Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen ein-
setzen** **2**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/2645 und 13/3341 (Zwischenbericht)

Vorlagen 13/3026 und 13/3177

Zuschriften 13/2483, 13/2536, 13/2542, 13/2552, 13/2553, 13/2575 und
13/2580

Ausschussprotokoll 13/780 (Expertengespräch)

Der Ausschuss führt die abschließende Beratung des Antrags durch
und stimmt über ihn ab.

Der **Antrag Drucksache 13/2645** wird mit den Stimmen der Fraktionen
der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion
der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

3 Umsatzsteuerbetrug wirksam unterbinden **6**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksachen 13/4585 und 13/5102 (Zwischenbericht)

Vorlagen 13/2563 und 13/3297

Zuschriften 13/3915, 13/3916, 13/3923, 13/2935 und 13/3936

Ausschussprotokoll 13/1220 (Expertengespräch)

- Ergänzender Bericht von Minister Jochen Dieckmann (FM) **6**

- Abschließende Beratung **8**

Der Ausschuss **lehnt** den **Antrag Drucksache 13/4585** mit den Stim-
men der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die
Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der
FDP **ab**.

4 § 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden 11

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksachen 13/5326 und 13/5988 (Zwischenbericht)
Vorlage 13/3134

Zuschriften 13/4515, 13/4516, 13/4518, 13/4519, 13/4522, 13/4536,
13/4541, 13/4565, 13/4571, 13/4816 und 13/4830

Ausschussprotokoll 13/1439 (öffentliche Anhörung)

Der Ausschuss lehnt den **Antrag Drucksache 13/5326** ohne weitere Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **ab**.

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EfoG) 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6537

In Verbindung damit:

Raus aus der Pensionsfalle

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksachen 13/3730 und 13/4408 (Zwischenbericht)

Und:

Nachhaltige Vorsorge für Beamtenpensionen ohne politische Zugriffsmöglichkeit

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksachen 13/5035 und 13/5646 (Zwischenbericht)

Vorlagen 13/3268 und 13/3287

Ausschussprotokolle 13/1177 und 13/1505

Der Ausschuss berät abschließend und stimmt ab.

Der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/3730** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

Der **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/5035** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Gesetzentwurf Drucksache 13/6537 anzunehmen**.

Berichtersteller: Erwin Siekmann (SPD)

6 Hochschulpersonal effektiv und flexibel einsetzen: Beschäftigung nach BAT beenden und neuen Wissenschaftstarifvertrag einführen 15

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksachen 13/4616 und 13/5320 (Zwischenbericht)

Vorlage 13/2910

Zuschriften 13/3908, 13/3939, 13/3940, 13/3977, 13/3985 und 13/3986

Ausschussprotokoll 13/1232 (Expertengespräch)

Ohne weitere Diskussion **lehnt** der Ausschuss den **Antrag Drucksache 13/4616** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **ab**.

7 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes (Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz - LPartAnpG) 16

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6492

Vorlage 13/3223

Zuschriften 13/4781 und 13/4833

Nach kurzer abschließender Beratung **nimmt** der Ausschuss den mit Schreiben vom 6. April 2005 übermittelten **Änderungsantrag** der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **an**.

Er **empfiehlt** sodann dem federführenden Ausschuss ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf Drucksache 13/6492** in der durch den Änderungsantrag veränderten Fassung **anzunehmen**.

**8 Einführung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamte und Tarifangehörige
Neue Arbeitszeitmodelle - eine Chance für den öffentlichen Dienst** 17

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6588
Vorlage 13/3268

Nach kurzer Beratung wird der **Antrag Drucksache 13/6588** um folgenden Satz **ergänzt**

"Der Landtag erwartet, dass sich die Abgeordneten der 14. Legislaturperiode bald mit dem Thema beschäftigen."

und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP **angenommen**.

9 Verschiedenes -

10 Kontrolle der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen - Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 19

Vorlage 13/3245
Vertrauliche Vorlagen 13/45 und 13/47

Dieser Punkt soll in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen werden. - Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, **vertraulich zu beraten** (s. *Vertr. APr 13/57*).

weichlich, im Haushalts- und Finanzausschuss trotzdem schon jetzt über den Antrag zu entscheiden, da andernfalls eine Sondersitzung erforderlich wäre.

Der **Ausschuss** sieht das einvernehmlich so. Er lehnt den Antrag ohne weitere Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

7 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes (Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz - LPartAnpG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6492

Vorlage 13/3223

Zuschriften 13/4781 und 13/4833

Vorsitzender Volkmar Klein stellt fest, der federführende Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beabsichtige, heute Nachmittag seine Beratungen abzuschließen, so dass der HFA heute sein Votum abgeben müsse. Die Koalitionsfraktionen hätten zu der abschließenden Beratung im federführenden Ausschuss einen achtseitigen Änderungsantrag vorgelegt, der mit Schreiben vom 6. April 2005 auch den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses zur Information zugeleitet worden sei.

Edith Müller (GRÜNE) trägt vor, der Zweck des Gesetzes sei die Umsetzung bundesrechtlicher Vorgaben. Die von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Änderungen umfassten Ergänzungen in Gesetzen, die sich seit Vorlegung des Gesetzentwurfs verändert hätten, oder seien Reaktionen auf Interventionen von Kirchen bzw. Verbänden. Es handele sich im Wesentlichen um technische Veränderungen.

Manfred Palmén (CDU) stellt fest, im Ausschuss für Kommunalpolitik sei bereits kritisiert worden, dass auf Seite 2 des Gesetzentwurfs unter "F Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände" folgender Satz stehe:

"Die zusätzlichen Kosten können nicht beziffert werden, werden jedoch durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert."

Die CDU-Fraktion halte es für unseriös zu sagen, dass zusätzliche Kosten irgendwo "in anderen Bereichen" eingespart würden.

Zweitens habe die CDU-Fraktion Bedenken wegen der isolierten Regelung des Beihilfe-rechts in dem Anpassungsgesetz. Der Deutsche Beamtenbund, die Gewerkschaft Verdi und der Bundesinnenminister hätten gemeinsam ein Handlungskonzept zur Neurege-

lung des Beamtenrechts vorgelegt. Möglicherweise sei es zu früh, in einem Einzelpunkt eine solche Regelung zu treffen, bevor Klarheit über die Zusammenhänge zwischen dem zukünftigen Besoldungsrecht, Versorgungsrecht und Beihilferecht bestehe.

Seine Fraktion werde aus diesen Gründen den Gesetzentwurf nicht mittragen.

Nach den Worten von **Angela Freimuth (FDP)** wird die FDP-Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen, zumal sie Anfang 2005 mit einem Antrag bereits derartige Anpassungen an die bundesrechtliche Regelung gefordert habe. Es sei richtig, die Gleichstellung der Lebenspartnerschaften in der Gesellschaft voranzutreiben.

Edith Müller (GRÜNE) entgegnet Herrn Palmen, es sei naturgemäß schwierig, die Höhe der zusätzlichen Kosten genau zu beziffern. Im Zeitraum vom 1. August 2001 bis 30. September 2004 seien in Nordrhein-Westfalen 297.229 Ehen und 3.488 Lebenspartnerschaften - das seien weniger als 1,2 % - geschlossen worden. Das sei die einzige Größenordnung, die vielleicht Aufschluss darüber geben könne.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion an und empfiehlt sodann dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den Gesetzentwurf in der durch den Änderungsantrag veränderten Fassung anzunehmen.

8 Einführung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamte und Tarifangehörige Neue Arbeitszeitmodelle - eine Chance für den öffentlichen Dienst

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6588
Vorlage 13/3268

Vorsitzender Volkmar Klein führt aus, der Antrag sei federführend an den HFA und zur Mitberatung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform überwiesen worden. Der mitberatende Ausschuss habe sich bereits darauf verständigt, kein Votum abzugeben.

Im Unterausschuss "Personal" sei am 15. März 2005 angeregt worden, eine Anhörung zu dem Thema durchzuführen, was jedoch in dieser Wahlperiode nicht mehr möglich sei. Denkbar wäre aus seiner Sicht, den Antrag nicht abschließend zu behandeln und den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses der nächsten Wahlperiode mit auf den Weg zu geben, das Thema neu aufzugreifen.